



## **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**

### **30. Sitzung (öffentlich)**

8. November 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Ewald Groth (GRÜNE)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |          |   |           |
|----------|---|-----------|
| <b>1</b> | <b>Institute der Titelgruppe 73 im Einzelplan 06</b>  | <b>5</b>  |
|          | Gespräch mit der Sprechergruppe der Institute der<br>Titelgruppe 73 – Freie Forschungsinstitute in NRW –  |           |
| <b>2</b> | <b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nord-<br/>rhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)</b>                       | <b>27</b> |
|          | Gesetzentwurf<br>der Landesregierung<br>Drucksachen 14/4600 und 14/5200 (1. Ergänzung)<br><br>Vorlagen 14/1231 und 14/1348  |           |
|          | Der Ausschuss berät die von SPD und Grünen vorgelegten<br>Änderungsanträge. Die Abstimmungsergebnisse zu den<br>Änderungsanträgen gehen aus Vorlage 14/1451 hervor. |           |

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 06 ohne Änderungen mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen an.

### **3 Hochschulmedizingesetz (HMG) 30**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4837

APr 14/504

In Verbindung mit:

**Landesregierung muss Pläne zur Privatisierung der Universitätsklinika zurückziehen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/2480

Und:

**Zukunft der Universitätsklinika in NRW**

Antwort  
der Landesregierung  
auf die Große Anfrage 14  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/5110

Der Ausschuss wertet die Anhörung zum Gesetzentwurf vom 11. Oktober 2007 aus. Die abschließende Beratung zum Gesetzentwurf ist für den 5. Dezember 2007 vor der Plenarsitzung vorgesehen.

### **4 Mehr Frauen in Wissenschaft und Forschung! 34**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4485

Vorlage 14/1358

Der Ausschuss lehnt den SPD-Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

- 5 Bildung, Bildung, Bildung und nochmals Bildung 35**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4865
- Diskussion
- 6 NRW braucht eine Hochschuloffensive gegen den Fachkräftemangel 36**
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/5028
- Diskussion
- 7 Forschungsland NRW muss wieder gestärkt und international sichtbar werden 40**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/5007
- Diskussion
- 8 Wissenschaft statt Thekenkraft – Mehr studentische Hilfskräfte für NRW 41**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/5008
- Diskussion
- 9 Passivraucherschutzgesetz (PSG NRW) 42**
- Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/3673
- In Verbindung mit:
- Gesetz zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4834

APr 14/425 und 14/523

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum zu den beiden  
Gesetzentwürfen abzugeben.

\* \* \*

## 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 14/4600 und 14/5200 (1. Ergänzung)

Vorlagen 14/1231 und 14/1348

**Vorsitzender Ewald Groth** verweist auf die Tischvorlage mit den Änderungsanträgen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

*(Hinweis: Die Änderungsanträge von SPD und Grünen mit ihren Begründungen sowie die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Änderungsanträgen sind Vorlage 14/1451 zu entnehmen.)*

Zu lfd. Nrn. 1, 4, 5 und 6

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)** bittet darum, die Anträge mit den **lfd. Nrn. 1 und 5** zusammen zu betrachten, und legt dar, der Innovationsfonds bleibe aus Sicht der Grünen, was die politischen Gestaltungsmöglichkeiten angehe, völlig intransparent. Die Grünen wollten das Geld umschichten. Sie wollten in Köpfe investieren und deshalb einen Schwerpunkt auf den Hochschulpakt 2020 legen. Die 32 Millionen € wollten die Grünen zur Ausfinanzierung des Hochschulpaktes einsetzen. Denn dieser sei deutlich unterfinanziert. Diese Auffassung verträten neben den Grünen auch die Hochschulen und insbesondere die Hochschulrektorenkonferenz. Die Situationsbeschreibung mit überfüllten Hörsälen, ausgebuchten Laborplätzen und langen Wartelisten sei bekannt. Die Grünen wollten, dass diese schlechte Situation ein Ende habe. Die Summe in Höhe von 32 Millionen € ergebe sich aus der Aufstockung, pro Studienplatz nicht 4.200 €, sondern 7.300 € zu veranschlagen.

Beim Antrag mit der **lfd. Nr. 4** gehe es um die Titelgruppe 62. Ihre Fraktion begrüße die neue Fördersystematik, aber diese Fördersystematik belohne nur die Erhöhung des Frauenanteils bei den Professuren. Gebraucht würden außerdem Anreize für andere Gleichstellungsmaßnahmen. Dafür wolle ihre Fraktion die Titelgruppe 62 wieder mit 2 Millionen € ausstatten.

Zum Antrag ihrer Fraktion mit der **lfd. Nr. 6**: Die Grünen begrüßten die Ankündigung von Minister Pinkwart, ein flächendeckendes Stipendiensystem einzuführen. Mit diesem Antrag erhalte der Minister die Chance, schon im Jahr 2008 ein Konzept für ein solches Stipendiensystem zu entwickeln. Die Grünen gingen nach wie vor davon aus, dass Studiengebühren junge Menschen von einem Studium abschreckten. Dies wollten die Grünen verhindern. Ihre Fraktion wolle die Akademikerquote erhöhen. Das solle sozial gerecht erfolgen. Deswegen wollten die Grünen diese Titelgruppe neu einrichten und 1 Million € einsetzen. Das werde außerdem mit einer entsprechenden VE für die kommenden Jahre ausgestattet.

**Karl Schultheis (SPD)** unterstützt diese Anträge in den Zielsetzungen, aber die Deckung aus dem Innovationsfonds halte er aufgrund der Vorgaben der Landesregierung für nicht ausreichend. Es stelle sich ja die Frage, wie dieser Innovationsfonds funktioniere und ob es sich überhaupt um einen Fonds handele. Zunächst finde für ein Jahr eine Zuführung von 40 Millionen € in den Haushalt statt. Wenn diese Mittel für die von Frau Dr. Seidl vorgeschlagenen Zweckbindungen bereitgestellt werden sollten, müssten die jährlich wiederkehren.

Nun stehe in den Haushaltsanmerkungen, dass diese Absicht bestehe. Die gute Absicht zweifle er gar nicht an, aber das Geld sei nicht abgesichert. Die für 2008 vorgesehenen 40 Millionen € würden nach Recherchen seiner Fraktion aus dem Verkauf von Lufthansaaktien dargestellt. Für die 40 Millionen € in den Folgejahren seien noch keine entsprechenden Verkäufe öffentlichen Eigentums angekündigt. Insofern könne seine Fraktion dem nicht zustimmen, sondern werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Die SPD erwarte eine Erläuterung, wie dieser Fonds funktionieren solle. Er habe sich einen revolvingierenden Fonds vorgestellt, der immer wieder über neue Einnahmen verfüge und sich nicht selbst verzehre. Sonst handele es sich in der Tat nur um eine Erhöhung eines Haushaltstitels. Dann sei das einmal eingebrachte Geld verbraucht. Danach würden neue 40 Millionen € gebraucht. Der Haushalt müsse nachhaltig angelegt sein.

**Dr. Michael Brinkmeier (CDU)** lehnt eine Umschichtung der Mittel aus dem Innovationsfonds ab und erinnert an die ähnliche Debatte im letzten Jahr. Die CDU halte die Mittel, die im Haushaltsentwurf im Hinblick auf die zusätzlichen Studierenden bereitgestellt würden, für ausreichend.

Stichwort Lufthansaaktien: Er sei guten Mutes, dass Möglichkeiten für einen stetigen Mittelzufluss erarbeitet würden, sodass der von Herrn Schultheis angemahnte Fondscharakter gewährleistet sein werde. Das sei auch eher eine Sache des Haushalts- und Finanzausschusses.

(Karl Schultheis [SPD]: Guter Mut reicht nicht!)

– Er sei zuversichtlich.

Die Grünen hätten ja nicht nur 1 Million € für den Studienfonds eingestellt mit der Begründung eines massiven Einbruchs der Studienanfängerzahlen – den Begründungstext hätten die Grünen wohl zu früh geschrieben –, sondern sie hätten außerdem eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50 Millionen € aufgeführt. Dieser Sprung von 1 Million € auf 50 Millionen € für die Folgezeit falle doch recht erheblich aus. Diesen Sprung halte er für nicht leicht begründbar. Diese 50 Millionen € müssten sich ja darstellen lassen.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)** erläutert, die 1 Million € sei nur für die Konzeptentwicklung im Jahr 2008 vorgesehen. Die Summe, die dann in den Folgejahren, wenn dieses Konzept stehe, eingestellt werden müsse, sei natürlich wesentlich höher. Dementsprechend sei die VE auch größer gestaffelt.

Zu lfd. Nrn. 2, 3 und 7

**Karl Schultheis (SPD)** trägt vor, der Antrag seiner Fraktion mit der **lfd. Nr. 2** stehe im Zusammenhang mit den noch nicht ausreichenden Aktivitäten zum Hochschul-pakt 2020. Es gehe um die Erweiterung der Studienkapazitäten. Die SPD erwarte nach wie vor seitens der Landesregierung eine planerische Vorgabe, einen Masterplan, wie er beispielsweise in Baden-Württemberg vorliege. Dieser Antrag zielen auf die Absicherung der erforderlichen Maßnahmen im Sozialraum – er wähle einmal diesen Arbeitsbegriff – für die Studierenden. Es gehe um die erforderliche Infrastruktur und im Kern um eine Reparatur der von der Landesregierung in den vergangenen Jahren bei den Studentenwerken vorgenommenen Kürzungen. Die SPD wolle, dass wieder der Ausgangspunkt zu Beginn der jetzigen Wahlperiode hergestellt werde.

Der Antrag mit der **lfd. Nr. 3** gehe in die gleiche Richtung und betreffe konkret die Versorgung der Studierenden mit Wohnraum. An den Hochschulstandorten fänden unterschiedliche Aktivitäten statt, teils mit innovativen Modellen. Dennoch vertrete die SPD die Meinung, dass die Studentenwerke hier eine vorrangige Aufgabenstellung hätten. Deshalb stelle die SPD diesen Antrag. Das Thema gehöre mit zum Komplex Erweiterung der Studienkapazitäten an den Hochschulen.

**Heike Gebhard (SPD)** stellt den Antrag mit der **lfd. Nr. 7** vor, er verfolge die gleiche Richtung wie der entsprechende Antrag der Grünen. Die SPD wolle das allerdings anders etablieren. Bei der derzeitigen Frauenförderung handele es sich nur um ein Belohnungssystem der Köpfe und damit um keine individuelle Förderung mehr an Hochschulen. Einzelne Frauen, die an diesen Hochschulen studierten oder ihre Weiterqualifikation als Nachwuchswissenschaftlerin anstrebten, sollten nicht bestraft werden, wenn die gesamte Hochschule noch nicht auf dem richtigen Weg sei. Deshalb halte die SPD entsprechende Mittel für notwendig. Die SPD wolle an dem ohnehin vorgesehenen System nichts verändern, sondern lediglich etwas drauflegen, damit solche Einzelförderungen wieder möglich würden.

Der **Ausschuss** nimmt den Einzelplan 06 ohne Änderungen mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen an.

